

„Clintonomics“

Die Ökonomisierung der US-Afrika-Politik

Elke Christiansen

Zusammenfassung

Am 20.1.2001 endete die achtjährige Präsidentschaft Bill Clintons, und George W. Bush übernahm das wohl mächtigste Amt der Welt. Ohne Zweifel waren Clinton und seine Regierungsmitglieder aus afrikanischer Sicht die aktivste und interessierteste US-Administration überhaupt gewesen. Mit dem Ende des Kalten Krieges waren geopolitische Großmachtstrategien obsolet geworden, ökonomische Vormachtstellung war ins Zentrum jeglicher außenpolitischer Überlegungen getreten. Afrika stellte eine neue Herausforderung für die US-Politik dar. Sollten die USA einen langfristigen Nutzen aus dem Handel mit Afrika ziehen wollen, war es notwendig den „Vergessenen Kontinent“ in die neue Weltwirtschaftsordnung miteinzubeziehen. Die Gegebenheiten dieser neuen Ordnung wurden aber von den USA bestimmt und sollten auch von allen „Partnern“ so akzeptiert werden. Mit einer neuen handelspolitischen Offensive stellte Bill Clinton die Weichen für die Zukunft amerikanischer Außenpolitik in Afrika.

Einführung

Die Aufmerksamkeit der Weltpresse gegenüber Clintons erster Afrika-Reise im März 1998 war groß. Was würde dieses als „historisch“ bezeichnete Ereignis für Afrika bedeuten? Grundsätzlich repräsentierte dieser Besuch in konkreten Zahlen und Fakten die neuen Prioritäten in der US-Außenpolitik gegenüber dem afrikanischen Kontinent. Clinton begann über Afrika in den selben Tönen zu sprechen, wie einige Jahre zuvor über Süd- und Mittelamerika. „*An exciting land of opportunity*“ waren seine Worte, die er mit der Tatsache unterstrich, dass mehr als 500 amerikanische Geschäftsleute seiner Reise-delegation angehörten, die ihre Erfolgchancen in bestimmten afrikanischen Staaten abschätzen wollten. (Newsweek 6.4.1998) Das Interesse der Mitreisenden galt in erster Linie den besuchten Ländern, nicht wirklich dem ge-

samten Kontinent. Uganda, Senegal, Botswana, Ghana und natürlich Südafrika sollten als zukünftige Märkte erkundet werden.¹ In Johannesburg versprach Clinton zum Beispiel die Summe von \$ 650 Mio. als Kreditgarantie für amerikanische Investitionen am Kontinent. Im Vergleich dazu erhielt die *United States Agency for International Development* (USAID) als staatliche Agentur für Entwicklungszusammenarbeit 1999 etwa \$ 700 Mio. für ihre Arbeit in Afrika.

Clinton selbst hatte immer wieder versucht das Budget für USAID anzuheben, war aber stets am Widerstand des Kongresses gescheitert. Doch auch wenn er, um die völlige Auflösung von USAID zu verhindern, bereits im Jahr 1996 auf sein letztes Mittel der Gegenwehr - das Präsidentenveto - zurückgreifen musste, waren seine echten Intentionen wo anders angesiedelt. Die wahre Veränderung könne nur durch eine erfolgreiche Integration Afrikas in die Weltwirtschaft kommen. Bill Clinton selbst nahm eine Vorreiterrolle ein, wenn es um Globalisierung der Wirtschaft und Liberalisierung des Marktes ging. Der Präsident machte vom ersten Tag an kein Geheimnis daraus, dass er eine wachsende globale Ökonomie für die Lösung der meisten Probleme der Länder des Südens hielt. So gesehen war er ein echter „Gläubiger“ des Kapitalismus. Mag sein, dass er tatsächlich an die Versprechungen der freien Marktwirtschaft geglaubt hatte. Seinem politischen Werdegang nach zu urteilen, tat er das wirklich. Noch als Gouverneur des relativ unbedeutenden und armen Arkansas verfolgte er nämlich dieselben Strategien, wie Jahre später als Präsident. Schon als Provinzpolitiker war er überzeugt davon gewesen, dass die großen sichtbaren Erfolge nur durch Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen und vor allem kompromissloses Wirtschaftswachstum zu erzielen wären. Ländliche Entwicklung durch eine neue Agrarpolitik und den Ausbau der schwachen Infrastruktur standen im Zentrum seiner Überlegungen. „*My Hometown of Hope is a model for rural development success...*“ (zit. nach www.hopeusa.com/clinton) Arkansas machte in dieser Zeit einen enormen wirtschaftlichen Schritt nach vorne, die Arbeitslosenrate war vergleichsmäßig gering und die Wirtschaft florierte ihrem Potential entsprechend gut – und dies noch vor den „Wirtschaftswunderjahren“ der neunziger Jahre.

¹ Clinton flog ebenfalls nach Rwanda, jedoch waren auf dieser Reise kaum ein Viertel der Geschäftsdelegation mit an Bord, dieser Abstecher war wohl unter einem anderen Licht zu betrachten.

Afrikas Staaten in den globalen Markt zu integrieren bedeutete aber auch, sie in die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen einzubinden, Strukturen, welche die USA festsetzen und bestimmen. In diesem Zusammenhang ist auch das neue Handelsgesetz der USA, der „*African Growth and Opportunity Act*“ (AGOA), zu verstehen.

Das Interesse Clintons am afrikanischen Kontinent wuchs im Laufe der acht Jahre zusehends. Vor allem während der zweiten Amtsperiode (von 1997 bis 2001) wurde der neue Trend in Clintons Außenpolitik ersichtlich. Zwei Afrika-Reisen in die wirtschaftlich vielversprechendsten Länder des Kontinents und das im Mai 2000 unterzeichnete Handelsgesetz machten deutlich, dass Bill Clinton nun auch Afrika in seine ökonomischen Überlegungen miteinbezog. Das primäre Ziel der Clinton-Administration scheint hierbei gewesen zu sein, die negative Handelsbilanz mit Afrika zu verbessern und die Europäische Union als Afrikas Wirtschaftspartner Nr. 1 zu ersetzen. Ein Vorhaben, das bei erfolgreicher Implementierung des Handelsgesetzes durchaus möglich erscheint. Welche Mittel und Wege hierbei verwendet und eingeschlagen wurden, soll nun in der Folge analysiert werden.

Die Ökonomisierung der Außenpolitik

Die Amerikanische Außenpolitik war schon immer durch wechselnde machtpolitische Strategien gekennzeichnet. Sie wurden entweder durch vorrangig militärische oder vorrangig ökonomische Überlegungen geleitet. In keiner der beiden Phasen verzichtete man auf die jeweils andere Komponente der Außenpolitik, jedoch war stets eine Gewichtung auf einerseits militärische, andererseits wirtschaftliche Stärke vorhanden. Zu allen Zeiten ging es um die Erlangung bzw. Erhaltung der Vormachtstellung im globalen Umfeld.

1992 wählte das amerikanische Volk Bill Clinton in erster Linie, weil es sich von ihm erhoffte, dass er das Land wieder zur wirtschaftlichen Weltmacht zurückführen und die seit beinahe zwölf Jahren andauernde Regression der Wirtschaft beenden könnte. George Bush verlor die Wahl, obwohl er als Sieger aus dem Golfkrieg hervortrat. Die Amerikaner waren stolz auf ihre Armee und dessen obersten Befehlshaber, für eine Wiederwahl reichte dies jedoch bei weitem nicht aus. Die Präsidentenwahl von 1992 ist nicht nach außenpolitischen Überlegungen der Amerikaner entschieden worden. Nur acht Prozent

der Wähler gaben die Außenpolitik als mitentscheidenden Faktor bei ihrer Wahl an. Diese – eine zu geringe Anzahl um entscheidend zu sein - wählten Bush gegenüber Clinton tatsächlich in einem Verhältnis von 11 zu 1. (Schneider 1997:30²)

Bereits in den 50er Jahren stellte Gabriel A. Almond (1950:53ff) die These auf, dass die meisten Amerikaner wenig an Außenpolitik interessiert seien, und ihre Aufmerksamkeit eher den innenpolitischen Problemen gilt. Almond unterstellte der Bevölkerung ein außenpolitisches Desinteresse, welches er in der täglichen Herausforderung und Beanspruchung durch den privaten Wettbewerb begründet sah. Nach seiner These ist die öffentliche Meinung zu internationalen Fragen stark von Stimmungen und schnellebigen emotionalen Reaktionen auf eine politische Krise geprägt. Diese These scheint sich im Falle der Wahlen von 1992 bestätigt zu haben.

„It's the economy, stupid“ ist nicht nur der Schlachtruf des Wahlkampfkomitees von Bill Clinton gewesen, sondern blieb auch Motto der meisten seiner politischen Strategien. Der neue Präsident verstand unter Außenpolitik ohne Zweifel in erster Linie Wirtschaftspolitik. Keine Administration, kein Mitarbeiterstab war nach dem Zweiten Weltkrieg so sehr auf Wirtschaftsfragen fixiert wie die Clinton-Administration. Ein Beobachter beschrieb diese Entwicklungen folgendermaßen:

„In den Augen Präsident Clintons ist jede Nation wie ein Großunternehmen, das auf dem globalen Markt im Konkurrenzkampf steht.“
(Krugman 1994:12)

Abrüstungsgipfel wurden durch Wirtschaftsgipfel ersetzt. Fragen der Ökonomie und des Finanzwesens nahmen den Platz geostrategischer Fragestellungen ein. Bill Clinton ist natürlich weder für die politischen Umbrüche noch die technologischen und ökonomischen Entwicklungen persönlich verantwortlich gewesen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern erkannte er aber die Zeichen der Zeit und reagierte dementsprechend.

„Die traditionelle Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik wurde ab 1993 durchlässiger, auch weil Clinton außen- und innenpolitische Fakto-

² Nach einer Wahlanalyse des gemeinsamen Konsortiums der Fernsehstationen CBS, NBC, ABC und CNN 3.11.1992

ren unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten miteinander verband.“
(Hacke 1997:579)

Die Clinton-Administration bildete die treibende Kraft in der Gründung der ständigen Welthandelsorganisation WTO (*World Trade Organization*), die 1994 aus dem Welthandelsabkommen GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) hervorging. Noch im ersten Jahr seiner Amtszeit unterzeichnete Clinton mit dem NAFTA-Vertrag (*North Atlantic Free Trade Association*) das Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko und gründete das APEC (*Asia-Pacific Economic Cooperation Forum*). Vielen Kritikern erschien es, als wolle Clinton die traditionelle Außenpolitik durch Handelspolitik ersetzen. Auch Leslie Gelb, der Präsident des *Council of Foreign Relations*, vermisste eine fundierte außenpolitische Strategie der Clinton Administration und kritisierte einige seiner Entscheidungen mit den Worten: „A foreign economic policy is not a foreign policy and it is not a national security strategy.“ (zit. nach Brinkley 1997:117)

Wirtschaftspartner Afrika

Das Policy Planning Council (PPC) hatte bereits 1961 ein Memorandum veröffentlicht, in dem die Außenpolitik gegenüber den neuen unabhängigen Staaten Afrikas umrissen wurde:

„American foreign policy should be devoted largely to promoting regional economic integration so that economies of scale could be achieved through relatively large markets, rather than focusing on small size-countries with autonomous domestic economic development.“ (zit. nach Herbst 1992:4)

Sowohl *Economic Assistance* als auch *Development Assistance* wurden, den Ideen des PPC entsprechend, im Hinblick auf das nationale Interesse der USA vergeben. Zwischen 1962 und 1992 waren am afrikanischen Kontinent die Hauptempfänger von Finanzmitteln und im Besonderen militärischen Mitteln, in denen die USA ein strategisches Interesse zu „verteidigen“ hatten. Staaten wie der Sudan, Zaire, Kenia, Äthiopien, Somalia und Liberia erhielten so im Laufe der Jahre geradezu Unmengen davon. Jeffrey Herbst (1992:2) beschrieb die amerikanische „Hilfe“ mit folgenden Worten:

„Since geopolitical concerns rather than African realities, were what interested top policymakers, actual aid programs were seldom the result of a coherent long-term vision. Rather American assistance policy often enthusiastically embraced the fad of the moment, only to slowly renounce the initiative in light of the accumulated evidence of failure.“

Dieses Zitat unterstreicht auch deutlich, dass „Aid“ oder „Hilfe“ im Zusammenhang mit der amerikanischen Interessenspolitik sicherlich nicht der richtige Terminus ist. Weder *economic aid*, *development aid* noch die *development assistance* (*aid* und *assistance* wird von den Amerikanern oft austauschbar für ein und das selbe Instrumentarium verwendet) waren oder sind uneigennützige Programme der USA, sondern stellen eigentlich das Gegenteil dar. Die vielgerühmte Partnerschaft bedeutet im Grunde, dass die Empfänger generell die Auflagen des Geberlandes zu erfüllen haben, was auch eine Art „Preis-Leistungs-Verhältnis“ beschreibt. Dies war in den Jahren des Kalten Krieges so und hat sich prinzipiell bis heute nicht verändert.

Das nationale Interesse seit 1992 wurde von Bill Clinton hauptsächlich mit Wirtschaftsgröße und Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Freie Marktwirtschaft und Demokratisierung in Afrika zählten zu den neuen strategischen Interessen der USA. Jegliche Einflussnahme in „unproduktiven“ oder wirtschaftlich „unkooperativen“ Staaten wurde in den USA unpopulär. Auch unter Clinton wurde aber die Politik der Konditionalität fortgeführt. Vordergründig forderten die USA von den Empfängerländern die Einführung eines Mehrparteiensystems, die Einhaltung der Menschenrechte, eine freie Presse und Rechtsstaatlichkeit. Noch größere Gültigkeit hatten jedoch die ökonomischen Konditionalitäten. War in den 80er Jahren noch der strikte Antikommunismus die zentrale Voraussetzung für Zusammenarbeit, so war es in den 90ern der strikte Wirtschaftsliberalismus. Es ist auch eine Tatsache, dass Clinton gegenüber den politischen Konditionen eher nachsichtig war als gegenüber den wirtschaftlichen Auflagen. Wo die USA nicht direkt eingriffen, operierten sie, durch ihre Machtposition abgesichert, mittels Weltbank und den Internationalen Währungsfonds.

US Agency for International Development (USAID)

Hauptträger der Kooperation in Fragen der Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit war bis vor kurzem die staatliche Entwicklungsagentur USAID (*United States Agency for International Development*), die sich nach eigener Definition für nachhaltige Entwicklung durch Wirtschaftswachstum, Gesundheitsvorsorge, und Katastrophenhilfe einsetzte. In den späten achtziger und frühen neunziger Jahren kamen – dem Zeitgeist entsprechend – noch Umweltschutz und Demokratisierung als Sektoren der Zusammenarbeit dazu. Schon von Beginn an – 1961 von Präsident Kennedy ins Leben gerufen – verband USAID mit ihrer Arbeit auch konkrete politische und zunehmend ökonomische Konditionalitäten.

Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wurde zu einer eigenen Industrie – und einer sehr lukrativen dazu. Für Graham Hancock (1989:42) wurden die staatlichen Bürokratien der EZA zu „Development Incorporated“. USAID arbeitet weltweit mit internationalen Organisationen, Regierungen, Universitäten, lokalen Organisationen als auch mit mehr als 300 US-NGO's zusammen. Die bei weitem auffallendste Änderung ist allerdings die Auslagerung unzähliger Aufgabenbereiche aus der staatlichen Organisation USAID an mehr als 3.500 private amerikanische Unternehmen.

Handelsbeziehungen sollten nach Ansicht des Präsidenten letztendlich die Entwicklungszusammenarbeit ersetzen. Handel genoss in jeder Beziehung Priorität, bei der Budgetdebatte 1994 erklärte Clinton: „We have put our economic competitiveness at the heart of our foreign policy.“ (zit. nach Schneider 1997:32)

In den offiziellen Statuten von USAID wird von einer „moralischen Verpflichtung“ gegenüber den Entwicklungsländern gesprochen. Trotz allem ist USAID eine Organisation, die im Auftrag des Außenministeriums fungiert und handelt. Nicht in den Statuten wörtlich festgehalten ist die ihr zugrundeliegende Aufgabe und tatsächliche Intention der USA, die sich aber an den Worten des Direktors von USAID, Brian Atwood, deutlich herauslesen lässt:

„One of the most enduring benefits of foreign assistance programs has always been the new markets and increased trade it has helped generate for the United States. (...) Foreign assistance helps create the stable and transparent business standard that US companies must have to operate in a country.“(Atwood 1995)

Dabei handelte es sich um ein Statement vor dem Komitee für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses. Die Rhetorik, mit der die Entwicklungszusammenarbeit „verkauft“ wurde und wird, kommt scheinbar ganz auf die Zuhörerschaft drauf an. Mit obigem Zitat versuchte Atwood die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass die USA ein ökonomisches Interesse in Afrika zu verteidigen haben und eine Kürzung des Budgets für USAID somit nicht sinnvoll sein kann.

Neue Prioritäten

Ab 1994 begann das Interesse an neuen Möglichkeiten für Handel und Investition mit und in Afrika deutlich zu steigen. Der Kongress verpflichtete den Präsidenten per Gesetz dazu, einen jährlichen Report über die Handels- und Entwicklungspolitik gegenüber Afrika zu verfassen und vorzustellen. Im Kongress selbst wurde ein überparteilicher Ausschuss, der „*African Trade and Investment Caucus*“, gegründet, der die Analysen und Reformvorschläge des Präsidenten kritisch überprüfen sollte. (Dagne 1997:2)

Die Regierung kürzte ab 1994 das Gesamtbudget³ für Internationale Angelegenheiten (*International Affairs*) und damit auch das eigenständige Konto für *Development Assistance*. Der Kongress forderte auch die Auflösung von USAID als eigenständige Organisation, soweit kam es jedoch noch nicht. Die Zusage der Regierung, dass die Vereinigten Staaten in erster Linie Russland und den übrigen Staaten des ehemaligen Ostblocks großzügige finanzielle Unterstützung bieten, ging aber in jedem Fall auf „Kosten“ der afrikanischen Staaten.

Dass die Regierung Clinton mit den meisten Forderungen des Kongresses übereinstimmte, hatte mehrere Gründe. Die vordergründigste Erklärung war

³ Das Gesamtbudget für International Affairs beinhaltet das Budget für Foreign Operations sowie Programme, die gemeinsam mit dem Landwirtschafts-, Handels-, Justiz-, Arbeits- und Bildungsministerium durchgeführt werden. Foreign Operations beinhaltet bi- und multilaterale Wirtschaftshilfe, militärische Hilfe und die Export- und Investitionsprogramme. Gemeinsame Programme mit anderen Ministerien sind unter anderem Informationsdienste, Lebensmittellieferungen, Kontrolle des Waffen- und Drogenhandels sowie Kosten der Angestellten, Diplomaten und des Sicherheitsdienstes. (vgl. www.state.gov/budget)

das neue Mehrheitsverhältnis im Kongress.⁴ Außerdem hatten Clinton und sein Vizepräsident Gore es sich zur Aufgabe gemacht, den gesamten Beamtenapparat umzugestalten. Und, wie schon erwähnt, war der Präsident davon überzeugt, dass das Wirtschaftswachstum das effektivste Mittel sei, wenn es darum ging, die afrikanischen Länder in den globalen Markt zu integrieren.

Der Plan des Präsidenten sah, im Gegensatz zu dem des Kongresses, für USAID allerdings sehr wohl noch eine Rolle vor. Das Wirtschaftswachstum in Afrika sollte aber auch durch andere staatliche Organisationen gefördert werden. Diese Funktion sollten die *Trade and Development Agency* (TDA), die *Export-Import-Bank* (ExIm) und die *Overseas Private Investment Corporation* (OPIC) übernehmen.

Realistisch betrachtet war aber auch klar, dass diese Handels- und Finanzinstitutionen dazu gegründet worden waren, das Wirtschaftswachstum in den USA zu fördern und nicht die nationalen Ökonomien afrikanischer Länder.

USAID sollte weiterhin einen Beitrag leisten aber in erster Linie eher kurzfristige Entwicklungsprojekte auf lokaler Ebene fördern. Als neuer Schwerpunkt von USAID wurde die Familienplanung und Gesundheitsvorsorge mit besonderer Berücksichtigung der AIDS-Aufklärung festgelegt.

Entscheidend war, dass die Clinton Administration nun sozusagen „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“ konnte: Um das wachsende Handelsbilanzdefizit der USA zu kürzen, waren bereits in den späten 70er Jahren Programme und staatliche Institutionen geschaffen worden, die den Export von Handelswaren bzw. die Investitionen von US Firmen in Übersee ankurbeln sollten. In der entwicklungspolitischen Diskussion und im Zusammenhang mit dem neuen Handelsgesetz stehen diese nun aber immer mehr im Mittelpunkt. Durch diese Förderungen sollten nämlich auch die Entwicklungsländer, entsprechend dem neuen Credo „Trade statt Aid“, profitieren.

Aus den Daten des Handelsministeriums (www.doc.gov) geht hervor, dass die USA 1998 Waren im Wert von \$ 6,7 Mrd. nach Afrika exportierten, dies entspricht etwa 1% der Gesamtausfuhren. Importe aus Afrika erreichten den Wert von \$ 13,1 Mrd., oder 1% aller Importe.⁵

⁴ Die Zwischenwahlen 1994 bereitete den Demokraten rund um den Präsidenten eine historische Niederlage. Die Republikaner stellten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit.

⁵ 78% der Exporte nach Afrika gehen in fünf Staaten: Südafrika (54%), Nigeria (12%), Angola (5%), Ghana (3 %), und Kenya (3%). 85 % der Importe aus Afrika stammen

US Investitionen in Afrika (inklusive Nordafrika) machten 1997 \$ 10,3 Mrd. oder 1% der US Investitionen weltweit aus. Mehr als die Hälfte davon ging in den Ölsektor. Südafrika erhielt als einzelner Staat mit 23% den größten Anteil. Folgende Institutionen sollten nun diese Zahlen – zugunsten der USA – wesentlich verbessern:

Export-Import Bank (ExIm)

Die Export-Import Bank unterstützt den Verkauf amerikanischer Güter nach Übersee in Form von Krediten, Garantien und mittelfristigen Transportversicherungen. Der Käufer erhält Kredite, um den Ankauf zu finanzieren und der Verkäufer besitzt nach Vertragsabschluss Abnahmegarantien oder ist im Fall des Erlösentgangs versichert. 1999 vergab ExIm Kredite und Garantien im Wert von \$ 600 Mio. für die Verkäufe amerikanischer Produkte und Leistungen nach Afrika. 1998 waren es noch \$ 50 Mio., im Jahr 2000 erwartet man sich Geschäfte im Wert von mehr als \$ 1 Milliarde. 1998 arbeitete ExIm in 18, im Jahr 2000 in 32 afrikanischen Staaten. (www.exim.gov)

Trade and Development Agency (TDA)

TDA finanziert Studien, Trainingsprogramme und Projektplanungen. In Afrika unterstützt die TDA US-Unternehmen bei Entwicklungsprojekten um das Exportpotential zu erhöhen.

Das jährliche Budget betrug 1998 \$ 41 Mio. und 1999 sowie 2000 jeweils \$ 44 Mio., wovon etwa 12% davon in Afrika investiert wurden. (www.tda.gov)

Overseas Private Investment Corporation (OPIC)

OPIC ist eine Organisation, die sich durch die Gebühren der teilnehmenden Firmen selbst finanziert. Sie finanziert und versichert Investitionen amerikanischer Konzerne in Entwicklungsländern mit der Absicht, das Wirtschaftswachstum und somit auch die Kaufkraft in aufstrebenden Märkten zu fördern. Teilnehmende Firmen sind unter anderem *Caterpillar Inc.*, *Citibank*, *Chase Manhattan Corp.*, *Anheuser Bush* oder *Bechtel Inc.*

Die Exporterlöse für US Firmen, die sich aus OPIC-unterstützten Investitio-

ebenfalls aus nur fünf Staaten: Nigeria (32 %), Südafrika (23%), Angola (17%), Gabun (10%), und Elfenbeinküste (3%). Die restlichen 15% der US-Gesamtimporte aus Afrika teilen sich auf die 43 übrigen Länder auf.

nen ergeben, haben im Jahr 2000 geschätzte \$ 350 Mio. ausgemacht. (www.opic.gov)

Die neue Agenda: Partnership for Economic Growth and Opportunity

Die offizielle Agenda der Partnerschaft mit Afrika wurde im Juni 1997 während einer Zeremonie im Weißen Haus verkündet. Unter anderem wurde der Posten eines Handelsbeauftragten für Afrika geschaffen sowie die Abhaltung eines jährlichen Wirtschaftsforums für Afrika auf Ministerebene beschlossen. Die Administration erklärte drei Stufen der Teilnahme als Voraussetzung, womit sie sich gänzlich hinter den Gesetzesantrag der republikanischen Abgeordneten Crane und Lugar stellte:

In Stufe eins sollte der Zugang zum US-Markt für *Least Developed Countries* (LLDC⁶) erleichtert werden.

In Stufe zwei kommen Staaten, die sich durch „aggressive Wachstumspolitik“ qualifizieren. Diese Staaten sind auch dazu eingeladen, ihre jeweiligen Vertreter zum jährlichen Wirtschaftsforum zu entsenden. Reformorientierte Länder würden auch durch zusätzliche bilaterale technische Hilfe profitieren und zusätzliche Unterstützung am Investitionssektor erhalten.

Stufe drei definiert die Möglichkeit, mit den einzelnen qualifizierten Ländern Freihandelsabkommen abzuschließen. (Dagne/Lenk 1999:6)

Parallel zu der neuen Regierungsinitiative arbeiteten auch die Abgeordneten im Kongress an einem Handelsgesetz, welches die neuen Prioritäten beinhalten sollte. Diese Initiative war eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen der demokratische Präsident und die republikanischen Abgeordneten grundsätzlich in ihren Zielen übereinstimmten.

African Growth and Opportunity Act (AGOA)

Im Rahmen der neuen Zusammenarbeit beantragten mehrere Mitglieder des Repräsentantenhauses am 24. April 1997 ein Gesetz (H.R. 1432 – 104th Congress), welches eine neue Basis für die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Afrika schaffen sollte. Nach mehreren Überarbeitungen fand dieser Antrag sowohl die volle Unterstützung der Administration als auch vieler of-

6 Least Developed Countries (LLDC) sind die Staaten, die aufgrund eines UNO-Beschlusses als die am wenigsten entwickelten Länder gelten. Grundsätzlich gilt als Kriterium ein BSP pro Kopf von unter \$ 355/Jahr

fizieller Vertreter afrikanischer Staaten.

Zahlreiche einflussreiche Kritiker befanden allerdings, dass dieses Gesetz Afrika zu einem reinen Absatzmarkt der USA degradieren würde und die vielzitierten „gegenseitigen“ Vorteile sich im Endeffekt nur als Gewinne für die USA herausstellen würden. (Ong'wen 1997)

Das Fallen der Quotenregelung in der Textilbranche brachte Kritik von einer anderen Seite ein: Abgeordnete aus US-Bezirken, in denen die Textilindustrie beheimatet ist, sowie Gewerkschaften und Vertreter der führenden Textilbetriebe sprachen sich gegen das neue Gesetz aus. Zwei Jahre lang wurde heftigst über dieses Gesetz debattiert, und schließlich neu aufgesetzt. Im Februar 1999 wurde ein revidierter Antrag im Repräsentantenhaus (H.R. 434 - 106th Congress) und parallel dazu im Senat (S. 666) neu eingebracht.

Zusammengefasst beinhaltet AGOA nach der letztendlich gültigen Fassung von Mai 2000 die gesetzliche Implementierung der von der Regierung ausgerufenen „Partnership“ mit Afrika:

Länder müssen sich grundsätzlich qualifizieren, um von den „Vorteilen“ des Gesetzes profitieren zu können. Fortschritte in den Bereichen Marktliberalisierung, Menschenrechte, Arbeitsrecht und die Zusammenarbeit mit den Internationalen Finanzinstitutionen sind die wichtigsten Qualifikationskriterien. Der Gesetzesantrag sieht die Etablierung einer Freihandelszone bzw. ein Freihandelsabkommen mit teilnahmeberechtigten Staaten vor. Die Entscheidung, ob einer Qualifizierung und Teilnahmerechtigung liegt beim Präsidenten alleine. Die USA besitzen, ähnlich wie die Europäische Union, schon viele Jahre das *General System of Preferences* (GSP). GSP ist ein Programm, unter welchem ausgewählte Produkte aus ausgewählten Ländern tariffrei in die USA importiert werden können. Die bisher zugelassene Anzahl von etwa 4.600 Produkten wurde unter AGOA um 1.783 Handelswaren erhöht. Nun sollten auch Textilien unter das GSP fallen, die Einfuhrquotenregelung, die prinzipiell Kenia und Mauritius betraf, wurde aufgehoben.

AGOA sieht ebenfalls die Ausweitung existierender Investitionsfonds (z.B. OPIC) vor. Ein eigener Fond für den Aufbau von Infrastruktur in der Höhe von etwa \$ 500 Mrd. soll dafür geschaffen werden. OPIC wird per Gesetz nun dazu verpflichtet, einen gewissen Anteil an Investitionen zu tätigen, die den Frauen „zu Gute“ kommen sollte.

Mit AGOA wird ebenfalls festgelegt, dass mindestens 20 Angestellte des Handelsministeriums in nicht weniger als zehn afrikanischen Staaten stationiert werden sollen. Ihre Aufgabe soll es sein, potentielle Märkte für amerikanische Waren und Dienstleistungen zu identifizieren. Der Export-Import Bank (siehe oben) wird per Gesetz angeordnet, innerhalb des ersten Bilanzjahres nach Implementierung in doppelt so vielen Ländern Afrikas zu arbeiten, mit dem Ziel, die Verkaufszahlen von US-Exporten um das 10-fache (!) zu erhöhen. (www.agoa.gov/agoa/agoatext.pdf)

Bedeutung und Auswirkungen des AGOA

Trotz der Tatsache, dass all diese Punkte in Gesetzesform festgelegt wurden, lassen sie sich relativ leicht „aufweichen“. Qualifikationskriterien werden mit Sicherheit nach dem Eigeninteresse der USA ausgelegt. Wie so oft in solchen Gesetzen, wurde ein eigener Unterpunkt eingefügt, der die sofortige Suspendierung eines Landes zur Folge hat, wenn die USA ihre Interessen gefährdet sehen. Nachdem diese aber keinesfalls beschrieben oder näher definiert wurden, obliegt es ganz den US-Entscheidungsträgern, wann und wo sie die US-Interessen gefährdet sehen.

Ähnlich verhält es sich mit den Textilklauseln. Die Aufhebung der Einfuhrquoten für Textilien ist bereits durch einen Gesetzeszusatz relativiert worden. Das Finanzkomitee versuchte nämlich noch einen bedeutenden Zusatzantrag einzubringen, der die Erfordernisse zur Quotenregelung von Textilien noch zusätzlich erweitert hätte. Dieser Antrag sah vor, dass die qualifizierten Länder nur Stoffwaren in die USA liefern dürften, deren Materialien, wie z.B. Garn, aus den USA kommen. Die zwei einflussreichsten republikanischen Vertreter im Senat, Mehrheitsführer Trent Lott und Senator Jesse Helms, erklärten, sie würden eher den ganzen Antrag fallen lassen, als ihn ohne diesen Zusatz zum Schutz der amerikanischen Textilindustrie abzusegnen.

Gegenanträge von den Demokraten wurden sofort eingebracht. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss, vor allem weil die Demokraten anklagen ließen, dass sie die Verhandlungen bezüglich der Handelsbeziehungen zu China blockieren würden, sollte die Textilklausel nach republikanischen Vorschlägen eingebracht werden. Der Kompromiss, den die Kontrahenten eingingen, sieht vor, dass die Fabrikate zur Herstellung von Textilwaren auch aus einem oder mehreren der qualifizierten Ländern stammen dürfen

oder überhaupt aus einem Drittland, wenn das exportierende afrikanische Land zu den „Lesser Developed Countries“ gezählt wird⁷. Auf der anderen Seite wurde trotz alledem eine generelle Einfuhrquote festgesetzt. Das bedeutet, dass bis ins Jahr 2007 nicht mehr als 3,5% aller eingeführten Textilien in die USA aus dieser Regelung stammen dürfen. (H.R. 434, Sec. 112 Art. 3A/B)

Am ehesten negativ auswirken könnte sich der Importkontrollmechanismus, der als Unterpunkt zur Textilklausel eingefügt wurde. (H.R. 434. Sec. 112 C) Dieser Punkt räumt jedem US-Produzenten, jeder gewerkschaftlichen Vertretung als auch privaten Interessensvertretungen die Möglichkeit der Beschwerde ein. Als Beschwerdekriterien gelten die Sorge um Arbeitsplätze, Absatzmärkte und Preisverfall durch zu große Konkurrenz. Dem Handelsminister obliegt dann die Entscheidung, ob die zoll- und tariffreie Vereinbarung mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Der vielleicht einzige konkrete Vorteil könnte in Zukunft sein, dass das GSP-Programm unter AGOA generell bis 2008 gilt. Das „normale“ GSP muss im Gegensatz dazu nämlich alle Jahre parlamentarisch neu ausverhandelt werden, kann sich somit jährlich ändern. Afrikanische Länder könnten nun zumindest mittelfristige Absatzplanungen durchführen, was bei jährlichen Änderungen bisher kaum möglich war.

Auch dem Schuldenerlass ist eine Sektion im Gesetz gewidmet, obwohl keinerlei konkrete Zusagen gemacht werden. Wenig verwunderlich ist, dass auch hier ein Unterpunkt beigefügt wurde, der schon im vorhinein Einschränkungen festlegt. Sollten sich zum Beispiel Schuldenerlassinitiativen negativ auf die Stabilität des Goldpreises am Weltmarkt auswirken, müssten sie sofort eingestellt werden.

Wie vieles andere auch, wird vieles von der Interpretation des Gesetzes abhängen. Zum Beispiel werden Firmen, die unter OPIC Investitionen tätigen, es wohl nicht allzu schwer haben den „Frauenförderungsanspruch“ durch ausweichende Argumentation zu erfüllen. („Eine Investition, die den Menschen zugute kommt, kommt schließlich auch den Frauen zugute.“)

⁷ „Lesser Developed Countries“ ist keine Definition nach UN- oder Weltbankkriterien, wird im AGOA aber für alle Länder verwendet, die weniger als \$ 1.500 pro-Kopf BNP pro Jahr aufweisen.

Die parlamentarische Diskussion zu diesem Gesetzesentwurf dauerte, wie schon erwähnt, mehrere Jahre. Die Kritiker auf beiden Seiten, Liberale und Konservative, brachten Zusatzanträge um Zusatzanträge ein, die jeweils neu verhandelt werden mussten.

Ein Zusatzartikel, der den afrikanischen Staaten verbesserte Umweltstandards abverlangt hätte, wurde aus dem Gesetzesantrag gestrichen, nachdem die Abgeordneten dies als „unfair gegenüber Afrika“ befanden. Die Sponsoren⁸ dieses Zusatzantrages wiederum warfen den Gegnern vor, dies führe nur dazu, dass amerikanische Konzerne, die in Afrika tätig sind oder werden, sich ebenfalls nicht um Umweltvorschriften kümmern müssten. (Congressional Quarterly Weekly 13.2.1999:405)

Der Hauptgrund für die äußerst gemischten Reaktionen (Mdakufamba/Nyagumbo 1998:11; Martin 1998: 531) auf diese neue Handelspolitik liegt in den zahlreichen Zusatzbedingungen, die AGOA an ein „qualifiziertes“ Land stellte:

- Produktexport durch Joint-Venture-Projekte,
- freie Bewegung von Gütern, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren,
- Einhaltung der WTO-Vorschriften,
- Öffnung der Regierugausschreibungen,
- Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Investoren
- keine Einschränkungen bei Auslandsinvestitionen.

Zusammen mit den zusätzlichen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zielt dieses Abkommen auf die selben Ziele des eigentlich gescheiterten Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) ab, welches auch von den afrikanischen Staaten vehement abgelehnt worden war.

Public Citizen, eine bekannte und sehr aktive Konsumentenschutzorganisation, veröffentlichte eine Liste der „prime beneficiaries“ dieses Gesetzes. Darin scheinen in erster Linie amerikanische Konzerne auf, die von Beginn an AGOA massiv – auch finanziell – unterstützten, ebenso sehr aber bereits berührt-berüchtigt für Menschenrechtsverletzungen oder schwere Umweltschäden in den Entwicklungsländern sind. Namentlich genannt wurden unter an-

⁸ Der Antragsteller eines Gesetzesvorschlages wird üblicherweise „Sponsor“ genannt. Im Normalfall sucht er sich bereits vorab weitere Abgeordnete, die den Antrag unterstützen würden, die sogenannten „Co-Sponsoren“

derem die Großkonzerne *Texaco*, *Chevron*, *General Electric* oder *Caterpillar*. (www.citizen.org/pctrade/Africa/factsheet.htm)

Nach mehr als zwei Jahren parlamentarischer Diskussion und Lobbying von allen Seiten wurde der *African Growth and Opportunity Act* im Mai 2000 schließlich angenommen, verabschiedet und vom Präsidenten am 18.5.2000 unterschrieben. Am 2. Oktober 2000 trat das Gesetz endgültig in Kraft, wobei der Präsident 34 der 48 Staaten Subsahara Afrikas für qualifiziert erklärte. (PDO 2.10.2000:2284)

Ausgenommen waren unter anderem z.B. Sudan, Somalia, Burundi oder Zimbabwe. Bis einschließlich 24.10.2000 haben sich drei Staaten, nämlich Kenia, Botswana und Mauritius, um das erforderliche „Visum“ für den zollfreien Export in die USA beworben. Das Visum ist ein vom US-Handelsministerium eingeführtes System, mit welchem illegale Einfuhren aus nichtqualifizierten Drittstaaten verhindert werden sollen.

Mehrere Abgeordnete des informellen überparteilichen *Congressional Black Caucus* (CBC), allen voran Abgeordneter Jesse Jackson Jr.⁹, führten monatelang einen „Kreuzzug“ gegen AGOA. Auf Jacksons vehemente Kritik, dieses Gesetz sei auch ein Eingriff in die Souveränität und Selbstbestimmung der afrikanischen Staaten, erwiderte *Assistant Secretary of State for African Affairs*, Susan Rice, in einem Hearing im Repräsentantenhaus:

„Ich glaube nicht, dass wir uns mehr Sorgen um staatliche Souveränität machen sollten, als die betroffenen Länder selbst.“ (DoS 17.3.1998)

So brachte Jesse Jackson Jr. im Februar 1999 den *Human Rights, Opportunity, Partnership and Empowerment for Africa Act* (HOPE for Africa Act) (H.R. 772) im Repräsentantenhaus ein und fand durch Senatorin Feingold starke Unterstützung, die diesen Antrag im Senat parallel dazu einbrachte.

HOPE for Africa Act

Im Unterschied zu AGOA sah HOPE einen kompletten Schuldenerlass der US-Regierung gegenüber Afrika vor, ging in der Schuldenfrage aber noch

⁹ Jesse Jackson Jr. gilt als einer der einflussreichsten Abgeordneten innerhalb des CBC, er vertritt einen bevölkerungsreichen Distrikt in Chicago. Ausserdem ist er der Sohn des

weiter. Das Finanzministerium sollte Schulden an private Geberinstitutionen aufkaufen und in der Folge ebenfalls erlassen. Weiters sollte der Finanzminister eine Liste aller Geberstaaten erstellen, die nicht bereit wären, Schulden zu erlassen. Der US-Kongress sollte daraufhin Möglichkeiten prüfen, wie diese Länder zum Schuldenerlass „gezwungen“ werden können.

Die Zoll- und Tariffreiheit im Rahmen des GSP gab keine Qualifikationskriterien vor, außer der Einhaltung der Menschenrechte in den jeweiligen Ländern. Grundsätzlich wären alle Staaten Afrikas südlich der Sahara qualifiziert.

Investitionen und Versicherungen unter OPIC müssten zu 70% an Klein- und Minderheitenbetriebe sowie an Frauen gehen. HOPE sah außerdem weitreichende Erhöhungen der Finanzmittel unter dem USAID-Konto des *Development Fund for Africa* (DFA) vor. (Dagne/Sek 1999:8-10)

Neben einigen Abgeordneten der Demokratischen Partei unterstützten zahlreiche nationale und internationale NGO's sowie Persönlichkeiten aus der Politik und den Medien den Antrag von Jesse Jackson Jr. Die Bekanntesten unter ihnen waren Nelson Mandela (CNN Interview vom 29.3.1998), der Präsident der *Uganda Democratic Coalition*, Remigius Kintu und die Witwe von Rev. Martin Luther King, Coretta Scott. NGO's wie *TransAfrica*, *Public Citizen*, *Association of Concerned African Scholars* oder *Third World Networks* sprachen sich ebenfalls vehement gegen AGOA und für HOPE aus.

AGOA hingegen fand, wie zu erwarten, die größte Unterstützung unter den nationalen und multinationalen Konzernen wie *Ford Motors*, *Coca Cola Company*, *Texaco*, *Chevron*, *Citibank*, *Caterpillar* oder *Kmart*. Allen voran stand aber Bill Clinton selbst hinter diesem Antrag und er versuchte während der Verhandlungen mehrmals das Gewicht des Präsidenten wirken zu lassen. (www.usafrica.org/facts/endorse.html)

Schlussfolgerung

Wer tatsächlich vom AGOA profitieren wird, scheint bereits im Vorfeld klar zu sein. Amerikanischen Unternehmen wird es in Zukunft noch leichter fallen, sich am afrikanischen Markt zu etablieren. Die zusätzlichen \$ 500 Mrd. aus dem OPIC Fond sind ein Beispiel dafür, dass die primäre Aufmerksamkeit den US Investitionen gilt. Die „aufgezwungenen“ Privatisierungen im

Bürgerrechtskämpfers, ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und heutigen Sonderbeauftragten für Demokratieförderung in Afrika, Reverend Jesse Jackson.

Telekommunikations- und Infrastruktursektor werden den großen amerikanischen Unternehmen dienen, die so vereinfachten Zugang zum afrikanischen Markt erhalten und enorme Gewinne erzielen können. (Martin 1998:531)

Es war eines der primären Ziele von Präsident Clinton, den Export von US-Produkten zu fördern. Der afrikanische Markt mit seinen 600 Mio. potentiellen Kunden wurde in der Vergangenheit hauptsächlich von der Europäischen Union beliefert, diese Tatsache stellt für die USA eine große Herausforderung dar.

Da der Präsident auch das letzte Wort darüber hat, welches Land qualifiziert sein wird, wird viel vom Staatsoberhaupt selbst abhängen, wie die vagen Kriterien ausgelegt werden. Die Auslegung zwischen „has established reforms“ und „being in establishing progress“ kann aber bei der Beurteilung der 35 Staaten (zwei Tage vor seinem Amtsende wurde Swasiland noch als qualifiziertes Land von Clinton designiert) sicherlich sehr weitläufig geschehen.

In seiner letzten offiziellen Rede zu globalen Entwicklungen in der Zukunft ging Präsident Clinton noch einmal auf die Möglichkeiten und Gefahren der Globalisierung ein. (CNN Live 14.12.2000)

Dort erwähnte er einmal mehr die Verantwortung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern. Überschwänglich lobend hob er das neue Handelsgesetz hervor und betonte die Notwendigkeit, auch die Handelsbarrieren im Agrarbereich zu eliminieren.

„...If the wealthiest countries ended our agricultural subsidies, leveling the playing field for the world's farmers, that alone could increase the income of developing countries by \$20 billion a year. [...] We have to do better in making the case not just on how exports create jobs but on how Imports are good, because of the competition they provide; because they increase innovation and they provide savings for hard-pressed working families throughout the world.“ (Clinton 14.12.2000:3080)

Die in dieser Deutlichkeit angesprochene Forderung, dass sowohl der amerikanische als auch der europäische Landwirtschaftssektor umdenken wird müssen, war wohl auch mit der Tatsache verbunden, dass Clinton zu diesem Zeitpunkt kaum noch ein Monat im Amt verblieb. Er würde nicht mehr dafür sorgen müssen, dass diese Agrarreformen auch tatsächlich durchgeführt werden, der Kampf mit den amerikanischen Farmern und deren Gewerkschaften

würde nicht mehr seiner sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staatsoberhaupt Handelsbarrieren für landwirtschaftliche Produkte abschaffen würde, weil es moralisch „richtig“ sei, wie Clinton es gemeint hatte, bleibt weiterhin äußerst gering. Der amerikanische Präsident sprach davon, dass es an der Zeit sei, den Bauern in Entwicklungsländern endlich die Chancen zukommen zu lassen, die den amerikanischen Farmern schon vor langer Zeit zu Teil wurden. Es müssten Opfer gebracht, aber auch Strukturen verändert werden, damit waren die Strukturen in den Industriestaaten gemeint. Der zusätzliche Wettbewerb würde auch den Amerikanern gut tun. Ob tatsächlich irgendein Amerikaner dieser Argumentation zustimmen würde, sei hier allerdings offen gelassen.

Relevanter jedoch als die Frage, welche Entscheidungen oder Vorschläge Bill Clinton letztendlich getroffen bzw. gemacht hat, ist heute wohl die Frage, welche Position sein Nachfolger auf Dauer einnehmen wird. Wie weit können sich „qualifizierte“ Länder in der Zukunft auf eine kontinuierliche Politik verlassen?

Es wird erwartet, dass - wenn überhaupt - Südafrika, Kenia, Madagaskar, Mauritius, Ghana, Uganda und Nigeria im Zentrum des amerikanischen Interesses stehen werden. Dies scheint eine Weiterführung der „*picking the winners*“-Politik der AID-Programme aus den 80er Jahren zu sein. Die USA werden weiterhin nur mit Ländern Geschäfte machen, von denen sie sich am ehesten erwarten, dass sie selbst davon profitieren werden.

Abstract

When George W. Bush took his oath of office as 43rd President of the USA his predecessor Bill Clinton left him a whole new approach of foreign policy towards Africa. Without any doubt the Clinton-Administration was the most active and most interested US-leadership in policy-formation towards the African continent. With the end of the Cold War geopolitic powerstrategies have lost their value, worldleadership was measured in economic terms. In this regard a new policy towards Africa was a challenge. In order to start that process it was necessary to integrate the „lost continent“ into the new global trade order. But it was clear from the very beginning that any conditions were set by the USA and had to be

accepted by all new „partners“. Even if the most famously known Clinton-doctrin in world policy was promoted and accepted as being „democratic enlargement“ the real agenda can be called „from Aid to Trade“

Bibliographie

- Hacke, Christian. 1997. Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton. Berlin, Ullstein.
- Krugman, Paul. 1994. Competitiveness: A Dangerous Obsession. In: Foreign Affairs Vol. 73 No. 2. S 28-44
- Schneider William. 1997. The New Isolationism. In: Lieber Robert (Hg.) Eagle adrift: American foreign policy at the end of the century. Washington DC, Library of Congress Publication. S 26-38
- Hancock, Graham. (1989) Lords of Poverty. London, Macmillan
- Herbst, Jeffrey. 1992. US Economic Policy toward Africa. New York, Council on Foreign Relations Publ.
- Mdakufamba, Munetsi; Nyagumbo, Lazarus. 1998. Der Africa Growth and Opportunity Act. In: afrika süd No. 4, 1998
- Martin, William. 1998. Dictated Trade: The Case Against the Africa Growth and Opportunity Act. In: Review of African Political Economy No. 77, 1998 S 531-533
- Almond, Gabriel A. 1950. The American People and Foreign Policy. New York, Hartcourt.
- Brinkley, Douglas. 1997. Democratic Enlargement: The Clinton Doctrine. In: Foreign Policy No. 106, 1997. S 111-127.
- Congressional Quarterly Weekly 13.2.1999
- Newsweek 6.4.1998

Internetquellen

Webseiten der Regierung:

Außenministerium: www.dos.gov

Handelsministerium: www.doc.gov

Verteidigungsministerium: www.dod.gov

Wirtschaftsdaten: www.opic.gov

www.tda.gov

www.exim.gov

Gesetzestexte: <http://thomas.loc.gov>

Presidential Documents Online (PDO) veröffentlicht unter <http://access.gpo.gov>:

PDO 2.10.2000, Vol. 36 No. 40 S 2269-2347

- Clinton, Bill. 2000. Remarks at the University of Warwick, UK.14.12.2000 in: PDO 18.12.2000, Vol. 36 No. 50 S 3041-3100
- Atwood, Brian. 1995. The Future of Foreign Aid. Statement of J. Brian Atwood Administrator: USAID to the Committee on International Relations. House of Representatives 9.5.1995.<http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/AID/950509Atwood.html>
- US-Department of State. Bureau of African Affairs. 1998. Susan E. Rice, Assistant Secretary for African Affairs. Statement before the Subcommittee on Africa, House Foreign Relations Committee.17.3.1998.
<http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/bureaus/afr/980317Rice.html>
- Dagne, Theodoros; Sek, Lenore. 1999. African Trade and Investment: Proposals in the 106th Congress. Congressional Research Service Issue Brief Nr. 98015, 21.10.1999.
www.cnie.org/nle/econ-36.html
- Dagne, Theodoros. 1997. Africa: Trade and Development Initiatives by the Clinton Administration and Congress. Congressional Research Service Report for Congress Nr. 97-494. 22.10.1997. www.cnie.org/nle/econ-25.html
- Ong'wen, Oduor. 1997. Why US-Africa Growth and Opportunity Bill fails the test. APIC Commentary 9.9.1997. www.africapolicy.org/docs97/eco9708.htm